

Antrag 101/I/2018**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sprache – Familiennachzug – Niederlassungserlaubnis**

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-
2 gefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Ehepartner
3 von Migranten, die seit mehr als 8 Jahren rechtmäßig in
4 Deutschland leben, die Niederlassungserlaubnis erwor-
5 ben haben und alle sonstigen Voraussetzungen erfüllen,
6 auch dann zu ihrem Ehemann/ihrer Ehefrau nachziehen
7 dürfen, wenn sie in ihrem Herkunftsland keine deutschen
8 Sprachkenntnisse erworben haben.

9

10 Die Nachziehenden werden verpflichtet, die deutsche
11 Sprache nach der Einreise bei staatlichen anerkannten
12 schulischen Institutionen zu erlernen.

13

14

15 Begründung

16 Migranten, die sich erfolgreich integriert haben, dürfen ih-
17 ren Ehemann/ihre Ehefrau, nur dann nach Deutschland
18 holen, wenn diese in ihrem Herkunftsland Grundkennt-
19 nisse der deutschen Sprache erworben haben.

20 Einen Sinn kann man in dieser Regelung schwerlich fin-
21 den, denn man darf wohl annehmen, dass diese Ehepart-
22 ner/innen die deutsche Sprache in Deutschland sehr viel
23 eher und unproblematischer erlernen als im Herkunfts-
24 land, wo diese Sprache praktisch nicht angewendet wird.
25 Da auch Flüchtlinge, die subsidiären Schutz genießen, ihre
26 Ehepartner ohne entsprechende Deutschkenntnisse nach
27 Deutschland holen sollen, wird es als extrem ungerecht
28 empfunden, dass Migranten, deren erfolgreiche Integrati-
29 on durch den Erwerb der Niederlassungserlaubnis, die ei-
30 ne auch wirtschaftliche Integration voraussetzt, unter Be-
31 weis gestellt wurde, schlechter behandelt werden selbst
32 als Flüchtlinge ohne Asylanspruch.

33 Da sich die SPD in der Sorge um Flüchtlinge erschöpft, die
34 erfolgreichen Migranten aber nicht beachtet, wenden die-
35 se sich von der SPD ab.

36

37 Die Verpflichtung zum Erlernen der Deutschen Sprache
38 nach der Einreise bleibt bestehen, um die Integration der
39 Zuwandernden zu befördern. Da die deutschen Ehepart-
40 ner nicht selten Migranten sind, deren Muttersprache die
41 des/der Zuwandernden ist, soll garantiert werden, dass
42 diese nicht durch sprachliche Isolation an der Teilnah-
43 me am gesellschaftlichen Leben in Deutschland gehindert
44 werden. Dem Ziel, Zwangsehen zu verhindern, wird da-
45 durch effektiver gedient als in der bisher geltenden Rege-
46 lung.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**